

Basellandschaftliche **bz** Zeitung

MITTELLAND ZEITUNG

Das Copyright und alle Rechte bleiben bei der Basellandschaftlichen Zeitung.

Bei einer Veröffentlichung müssen wir auf einen Quellennachweis bestehen.

Die Verwendung zu kommerziellen Zwecken ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages erlaubt.

Basellandschaftliche Zeitung
Schützenstrasse 2-6, 4410 Liestal

<http://www.bz-ag.ch>

Weiter ...

Freude an der Gestaltung seiner Umwelt

Der Oberwiler Gemeindepräsident Rudolf Mohler erklärt, dass es sich auch heute noch lohnt, ein Gemeindeamt zu übernehmen

Rudolf Mohler sitzt seit 24 Jahren im Gemeinderat von Oberwil. Nun stellt er das Amt des Gemeindepräsidenten zur Verfügung. Die bz will vor den Gemeindewahlen vom 24. Februar von Mohler wissen, wie sich die Arbeit im Gemeinderat verändert hat.

VON DANIEL BALLMER UND PHILIP MEYER

Rudolf Mohler, spielt es überhaupt noch eine Rolle, wer am 24. Februar in den Gemeinderat einer Baselbieter Gemeinde gewählt wird?

Rudolf Mohler: Ja. In den Gemeinden, die den Gemeinderat im Majorzsystem wählen, sieht man an den differenzierten Resultaten sehr deutlich, dass es Persönlichkeitswahlen sind.

Die Gemeinden beklagen jedoch immer mehr, dass Bund und Kanton so viel bestimmen, dass der Gemeinderat kaum mehr Handlungsspielraum hat...

Gerade der Kanton Baselland ist seit jeher einer der am zentralistischsten geführten Kantone. Doch in den letzten Jahren hat der Zentralismus Ausmasse angenommen, die im Hinblick auf die Zukunft sehr ungünstig sind.

Sie waren doch vor einigen Jahren dabei, als die Aufgaben zwischen den Gemeinden und dem Kanton neu geregelt wurden. Konnten Sie damals denn keinen entscheidenden Einfluss nehmen, um dem Zentralismus entgegenzuwirken?

In einzelnen Bereichen hat es Verbesserungen gegeben – und die Gemeinden nehmen hier ihre Verantwortung engagiert wahr. Dazu gehört beispielsweise die Verantwortlichkeit für den ganzen Alters- und Pflegesektor. Es gibt aber andere Bereiche, in denen die Zentralisierung immer schlimmer wird – zuvorderst ist hier das Bildungswesen zu nennen. Bei den Freizeit- und Sportangeboten nimmt die Zentralisierung ebenfalls zu.

Welche Auswirkungen hat dies auf die Gemeinden?

Die Gemeinden werden immer mehr zum letzten Glied in der Kette, das nurmehr die Vorgaben übergeordneter Instanzen auszuführen hat, ohne selbst entscheiden zu können, ob diese angeordnete Ausführung in den eigenen Rahmenbedingungen wirklich sinnvoll ist oder nicht. Dabei wird beim Kanton oft vergessen, dass die Gemeinden im Baselbiet sehr heterogen sind. Was für Allschwil stimmt, ist in Kilchberg nicht



BILDER: NICOLE MARSH-ZIMMER

automatisch richtig und umgekehrt. Statt gleiche Lösungen für alle zu entwickeln, sollten lieber gleichwertige gefunden werden – und das können die Gemeinden für sich selbst meistens viel besser entscheiden.

Eigentlich sitzen ja genug Gemeindevertreter im Landrat, die sich dort doch gegen den Zentralismus stemmen müssten...

Häufig verschiebt sich eben die Optik der Amtsträger – als Mitglied einer bestimmten Fraktion oder Kommission beispielsweise – zugunsten der dort aktuellen Fragestellungen...

Wo kann ein Gemeinderat noch Kreativität entwickeln?

In der Ausgestaltung des baulichen, siedlungsplanerischen Bereichs kann jede Gemeinde noch recht viel selbst gestalten und umsetzen. Grenzen werden hier eher durch die Gemeindefinanzen gesetzt als durch Vorgaben Dritter. Im weitern können die Gemeinden Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Vernetzung schaffen, also den Menschen Plattformen bieten, auf denen sie sich austauschen können.

Wie weit haben Sie in der täglichen Arbeit diese Freiräume überhaupt?

Natürlich ist der Gemeinderat primär einmal zuständig, dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Aufgaben erfüllt werden: Wasser muss laufen, das Abwassersystem muss funktionieren, die Verkehrsprobleme müssen – soweit die Gemeinde zuständig ist – gelöst werden, die Baugesetzgebung ist anzuwenden und die Infrastruktur für den Bildungsbereich muss bereitgestellt werden. Die Feuerwehr, der Zivilschutz, die Alterspflege und die Spitex werden ebenfalls durch den Gemeinderat verantwortet. Eine ganz grosse Aufgabe der Gemeinde ist der ganze Sozialbereich – insbesondere all jene Situationen, in denen Menschen Gefahr laufen, aus der Gesellschaft herauszufallen. Alle diese Aufgaben genießen Vorrang. Daneben sollte man aber noch eigenständige Aufgaben wahrnehmen können. Ein Beispiel für ein solches Projekt: Die Gemeinde Oberwil hat – auf Anregung aus der Bevölkerung hin – zusammen mit Bottmingen den ersten eigentlichen Ortsbus im Baselbiet realisiert und vor kurzem in Betrieb genommen. Dies ist eine selbstgewählte Aufgabe, die uns niemand vorgeschrieben hat.

Gemeinderat zu sein, bedeutet viel Arbeit und wenig Lob und Lohn. Wieso tut man sich das überhaupt an?

Ich bin in einer Kultur aufgewachsen, in der es selbstverständlich war, dass man als Einwohner dieses Landes nicht nur Rechte hat, sondern auch die Pflicht, einen Beitrag an die Gemeinschaft zu leisten. Zudem war ich schon sehr früh politisch interessiert. Und wenn man sich politisch betätigen will, dann muss man irgendwo mitmachen. So bin ich irgendwann fast natürlicherweise dort gelandet, wo ich heute bin. Generell denke ich, dass kaum jemand ein solches Amt anstrebt, weil er sich davon einen persönlichen Gewinn – finanziell, beruflich oder im Ansehen – verspricht. Den meisten macht es einfach Spass, sich in einer Gemeinschaft gestalterisch zu betätigen.

Wie hat sich die Arbeit der Gemeinde-Exekutive in den letzten 24 Jahren verändert?

In allen Lebensbereichen erfahren wir eine immer stärkere Verrechtlichung. Dies ist auch in der Gemeindegemeinschaft sehr deutlich zu spüren. Man muss immer mehr übergeordneten Rechtsvorga-

Persönlich

Wird Rudolf Mohler nach seinen Hobbys gefragt, nennt er die Politik an erster Stelle. Wenn der bald 60-Jährige Ende Juni von seinem Amt als Oberwiler Gemeindepräsident zurücktritt, kann er auf eine 44-jährige Politkarriere zurückblicken. Schon als Progymnasiast sei er politisch interessiert gewesen: Auf seinen 14. Geburtstag habe er sich ein NZZ-Abonnement gewünscht. 1964 nahm Mohler Einsitz im Jugendparlament Baselland. Vier Jahre später folgte der Beitritt zur Baselbieter FDP, bei der er von 1976 bis 1984 in der Parteileitung sass. Dann wurde er in den Oberwiler Gemeinderat gewählt, acht Jahre später zu dessen Präsidenten. Seither hat er jede Wiederwahl mit dem besten Resultat abgeschlossen, wie der Direktor des Kantonsspitals Laufen nicht ohne Stolz erwähnt. (DB)

ben genügen. Dadurch wird es immer komplexer, eine Aufgabe konform zu erfüllen. Gleichzeitig müssen wir immer mehr ökonomischen Handlungsweisen gerecht werden. Zu Beginn meiner Amtszeit konnten wir viel mehr politischen Vorstellungen folgen. Das Amt des Gemeinderates ist heute mehr eine komplexe Managementaufgabe als ein politisches Mandat.

Welches sind die Unterschiede zwischen grossen und kleinen Gemeinden?

In grossen Gemeinden ist man als Gemeinderat etwas freier, sich auf der strategischen Ebene zu bewegen, weil man eine Verwaltung im Rücken hat. Diese übernimmt viel Vorbereitung und Ausführung. Man kann sich mehr auf Steuerung und Kontrolle verlegen und muss sich selber weniger um Detailarbeit kümmern.

«Das Milizsystem ist kaputt»

Es lohne sich, neue Wege zu suchen, um die vielen Vakanzen in den Gemeindebehörden zu füllen, sagt Rudolf Mohler

Rudolf Mohler, in vielen kleinen Gemeinden fehlen immer wieder Kandidierende, um öffentliche Ämter zu besetzen. Weshalb?

Rudolf Mohler: Das betrifft nicht nur kleinere Gemeinden. In den grossen sieht es bei den Gemeinderatswahlen zwar besser aus, die Parteien haben aber auch dort Probleme, genug Kandidierende für andere Gremien, beispielsweise die Gemeindekommission, den Schulrat, die Sozialhilfebehörde oder gar den Einwohnerrat zu stellen.

Das Milizsystem ist kaputt. Noch wollen wir dies nicht wahrhaben, aber es ist längst soweit. Das betrifft nicht nur Gemeindebehörden, sondern auch das Militär, die Feuerwehr und viele andere Institutionen, Verbände und Vereine. Die Bereitschaft, das Wissen, welches man im Beruf immer auf dem neuesten Stand hält, in der Freizeit gratis der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, verschwindet immer mehr. Viele bekommen von ihren Eltern die Einstellung, dass man als Staatsbürger seinen Beitrag leisten muss, nicht mehr mit. Zudem werden heute so viele Möglichkeiten angeboten, sich in der Freizeit zu betätigen. Auch die Mobilität der Gesellschaft spielt eine grosse Rolle. Früher war es auch eher noch üblich, dass die Frau sich zuhause

um Familie und Haushalt gekümmert hat, während der Mann neben dem Beruf solche Funktionen wahrgenommen hat. Heute arbeiten beide und teilen sich die Hausarbeit auf. Dies ist zwar eine gute Entwicklung, aber sie führt dazu, dass weniger Zeit für solche Aufgaben übrig bleibt. Und nicht zuletzt sind die Arbeitgeber nicht mehr bereit, Leute für gesellschaftliche Aufgaben freizustellen. Früher war ein solches Engagement quasi Voraussetzung, um auch im Beruf Karriere zu machen – heute wird dies oft eher als hinderlich angesehen.

Wieso?

Heute wird eben alles knallharten, kurzfristigen ökonomischen Kriterien untergeordnet. Allerdings gibt es bei den lokalen KMU viele Ausnahmen und auch einige der grösseren Firmen merken wieder, dass sie die Bindung an die Region zu verlieren drohen. Vielleicht findet hier langsam so etwas wie ein Umdenken statt.

Wie sieht es denn im Spital Laufen aus?

Im Gesetz ist festgeschrieben, wie viel Zeit Staatsangestellte für nebenamtliche Tätigkeiten in Anspruch nehmen dürfen. Doch selbst im Kanton

wird es immer weniger gerne gesehen, wenn jemand wegen solcher Engagements fehlt. Als Chef des Spitals Laufen stehe ich diesem Thema allerdings ziemlich offen gegenüber, denn ich weiss ja selbst, wie wichtig ein solches Engagement ist.

Welche Lösungen gibt es?

Nur mit Geld ist dieses Problem nicht zu lösen. Höhere Sitzungsgelder werden die Menschen nicht dazu bewegen, wieder vermehrt solche Engagements zu übernehmen. Man muss sich dennoch genau überlegen, ob die Professionalisierung der Politik auch auf Gemeindeebene vermehrt Einzug halten soll. Es reicht nämlich nicht, einfach den Gemeinderat oder den Gemeindepräsidenten vollamtlich einzusetzen. Eine solche Veränderung erfordert viele weitere Anpassungen in der Verwaltung und der Gemeindestruktur. So müsste man sich fragen, ob es andere Gremien überhaupt noch braucht, wie beispielsweise die beratenden Kommissionen. Damit ergäbe sich eine ganz andere Führungskultur in den Gemeinden. Ich denke, es lohnt sich, andere Wege zu beschreiten und so lange wie möglich zu versuchen, Leute für die Mitarbeit in einem reformierten Milizsystem zu gewinnen. (MEY/DB)



«Die Bereitschaft, das Wissen, welches man im Beruf immer auf dem neuesten Stand hält, in der Freizeit gratis der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, verschwindet immer mehr.»